V.b.b. 80 Groschen

AMTSBLATT der STADT WIEN

8

Samstag, 26. Jänner 1952 Jahrgang 57

AUS DEM INHALT

Gemeinderat
19. und 20. Dezember 1951

*

Gemeinderatsausschuß IV
17. Jänner 1952

*

Gemeinderatsausschuß VI
17. Jänner 1952

*

Gewerbeanmeldungen

Gemeinderat

Öffentliche Sitzung vom 17. bis 21. Dezember 1951

3. Sitzungstag

Vorsitzende: Bgm. Jonas und die GRe. Dr.-Ing. Hengl, Mazur und Marek.

Schriftführer: GR. Svetelsky sowie die GRe. Vlach und Kutschera.

(Wiederaufnahme der Sitzung um 9 Uhr 6 Minuten.)

8. GR. Hans Winter ist entschuldigt.

Berichterstatter: Vizebürgermeister Honay.

9. (Pr.Z. 2952/51, P. 1.) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen.)

(Redner: Die GRe. Martha Burian, Lauscher, Kowatsch und Paula Kratky. Während der Rede des GR. Lauscher übernimmt GR. Dr.-Ing. Hengl den Vorsitz.)

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgruppe IV, Hauptstück Wohlfahrtswesen, werden genehmigt.

Folgender Antrag wird abgelehnt:

Antrag des GR. Lauscher.

In Rubrik 401, Post 34, wird der Ansatz für Stipendien von 1,100.000 S auf 3,300.000 S erhöht. Die Summen sind entsprechend richtigzustellen.

Folgende Anträge werden dem Gemeinderatsausschuß IV zugewiesen:

(Pr.Z. G 113 A/51.) Antrag der GR. Martha Burian, betreffend die Gesamtkosten für die Umgestaltung des Schlosses Pötzleinsdorf in ein Jugendgästehaus und den Betriebsaufwand für dieses Jugendheim.

(Pr.Z. G 114 A/51.) Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Lauscher, betreffend ein Programm zur Einrichtung neuer Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten und Horte.

Folgender Antrag wird abgelehnt:

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Lauscher.

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Die Not der Armen und Alten, die von der Stadt Wien befürsorgt werden oder befürsorgt werden sollten, ist außerordentlich groß. Die niedrigen Unterstützungssätze ermöglichen kein lebenswertes Leben, sondern sind, um ein Wiener Wort zu gebrauchen, bestenfalls zum Sterben zuviel, aber zum Leben zu wenig. Der Höchstsatz für alleinstehende Dauerbefürsorgte in der gehobenen Fürsorge beträgt derzeit 242 S. Es ist für jeden klar, daß dieser Betrag keineswegs ausreichen kann, um das Leben zu fristen. Daran können alle statistischen Berechnungen, die beweisen wollen, daß sogar noch Ersparungen möglich sind, nichts ändern.

Es ist unbedingt notwendig, die geltenden Unterstützungssätze so abzuändern, daß an die Stelle des erwähnten Betrages von 242 S im Monat für den alleinstehenden Dauerbefürsorgten in der gehobenen Fürsorge ein Mindestbetrag von 400 S im Monat als Unterstützungssatz tritt, welchem Satz entsprechend auch die anderen Unterstützungssätze abzuändern d. h. zu erhöhen sind.

Der Gemeinderat der Stadt Wien beauftragt den Herrn Vizebürgermeister und Amtsführenden Stadtrat für Wohlfahrtswesen, dafür zu sorgen, daß dem Gemeinderat ehestens, jedenfalls noch im Monat Jänner 1952, entsprechende Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze für die Befürsorgten der Stadt Wien in dem angeführten Mindestausmaß vorgelegt werden.

Berichterstatter: Vizebürgermeister Weinberger.

10. (Pr.Z. 2952/51, P. 1.) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen.)

(Redner: Die GRe. Wicha, Dr. Matejka, Dr. Eberle und Franziska Krämer. Während des Berichts übernimmt GR. Mazur den Vorsitz, den er während der Rede des GR. Dr. Matejka an GR. Dr.-Ing. Hengl abgibt. Während der Rede des GR. Dr. Eberle übernimmt GR. Marek den Vorsitz.)

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgruppe V, Hauptstück Gesundheitswesen, und die zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages werden genehmigt.

Folgende Anträge werden dem Gemeinderatsausschuß V zugewiesen:

(Pr.Z. G 115 A/51.) Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Dr. Matejka, betreffend die Tragung des Defizits der öffentlichen Krankenhäuser.

(Pr.Z. G 116 A/51.) Resolutionsantrag der GRe. Dr. Eberle, Bucher und Genossen, betreffend die Gastärztesperre in den Wiener Krankenanstalten.

Folgende Anträge werden abgelehnt:

Antrag des GR. Wicha, betreffend die Entlohnung und Sozialversicherung der an den Krankenanstalten der Gemeinde Wien zur Berufsausbildung stehenden Jungärzte.

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich zu Rubrik 512 und 513 des Voranschlages für das Jahr 1952 den Beschluß- (Resolutions-) Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In den als Ausbildungsstätten zugelassenen Krankenanstalten der Gemeinde Wien sind so viele Jungärzte zu beschäftigen, daß grundsätzlich auf je 10 Spitalsbetten ein in Ausbildung stehender Arzt entfällt, dem das Entgelt gemäß § 1 des „Wiener Landesgesetzes vom 29. September 1950 über das Entgelt und die Anzahl der an den Krankenanstalten in Wien in Ausbildung stehenden Ärzte“ gebührt.

2. Allen übrigen in Berufsausbildung stehenden Ärzten, die an den zur Ausbildung zugelassenen Krankenanstalten der Gemeinde Wien regelmäßig spitalsärztlichen Dienst versehen, ist ein ihrer langwierigen und kostspieligen theoretischen Ausbildung angemessenes Entgelt zu bezahlen; sie müssen auch unter allen Umständen zur Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Angestelltenversicherung mit Beginn ihrer tatsächlichen spitalsärztlichen Dienstleistung angemeldet werden.

3. Der Magistrat wird angewiesen, die zur Verwirklichung dieser Beschlüsse notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen.

Antrag des GR. Wicha, betreffend Bekämpfung des Straßenlärms.

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den Beschluß- (Resolutions-) Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Wiener Magistrat wird beauftragt, der Lärmbekämpfung in Wien im Einvernehmen mit den übrigen zuständigen Amtsstellen und Organisationen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und auf die strengste Handhabung der zur Lärmbekämpfung bereits bestehenden Vorschriften zu dringen.

Der Magistrat wird weiter beauftragt, zu prüfen, in welcher Weise die bereits bestehenden Vorschriften, insbesondere auch im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde Wien, verschärft werden können, und angewiesen, sich für eine solche Verschärfung auch bei den übrigen kompetenten Stellen energisch einzusetzen.

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Dr. Matejka:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert den Herrn Vizebürgermeister und Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe V auf, alles vorzukehren, damit ehestens, längstens innerhalb Monatsfrist, dem Gemeinderat der Stadt Wien ein Antrag vorgelegt werde, der eine Erhöhung der Hand- bzw. Taschengelder und der sonstigen Pfleglingsentschädigungen mindestens auf das Doppelte der gegenwärtig in Kraft befindlichen Sätze vorsieht.

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Dr. Matejka:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der in den letzten Tagen durch Pressemeldungen bekanntgewordene Todesfall im Zentralkinderheim beunruhigt die Bevölkerung auf das schwerste. Damit nun in der Bevölkerung nicht der Eindruck ent-

stehe, daß im Interesse der Verantwortlichen wesentliche Mißstände vertuscht werden sollen, fordert der Gemeinderat der Stadt den Herrn Vizebürgermeister und Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe V auf, ehestens einen ausführlichen Bericht über die Durchführung der Maßnahmen im Zentralkinderheim, die die Untersuchungskommissionen seinerzeit gefordert haben, vorzulegen und dafür zu sorgen, daß der Gemeinderat darüber Beschluß fassen kann.

Berichterstatter: StR. Thaller.

11. (Pr.Z. 2952/51, P. 1.) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten.)

(Redner: Die GRe. Ing. Haider, Maller, Dr. Prutscher, Fürstenhofer, Dr. Altmann und Sigmund. Während des Berichtes übernimmt GR. Mazur den Vorsitz.)

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgruppe VI, Hauptstück Bauangelegenheiten, und die zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages werden genehmigt.

Folgende Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen:

(Pr.Z. G 117 A/51.) Antrag des GR. Dipl.-Ing. Haider auf Vorlage eines Schätzungsberichtes über die Kosten, die sich bei Änderungen der Fluchtlinien im verbauten Gebiet aus der Verlegung von Einbauten voraussichtlich ergeben.

(Pr.Z. G 118 A/51.) Antrag der GRe. Dr. Prutscher und Genossen, betreffend Erleichterungen bei der Inanspruchnahme von Mitteln zur Unterstützung der gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften.

(Pr.Z. G 119 A/51.) Antrag der GRe. Dr. Prutscher und Genossen, betreffend die Arbeiten des Unterausschusses für Verkehrsplanung, vor allem im Interesse einer endgültigen Festlegung der U-Bahntrassen und die Wirksamkeit Professor Brunners als Generalstadtplaner.

Folgende Anträge werden abgelehnt:

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Maller:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien hält es für eine entscheidende Aufgabe der Stadtverwaltung, die Wohnungsnot in Wien wirksam zu bekämpfen, sodaß in absehbarer Zeit weder Obdachlosigkeit noch menschenunwürdige Wohnverhältnisse in unserer Stadt mehr existieren.

Mit Bedauern stellt der Gemeinderat der Stadt Wien fest, daß es bisnun trotz Aufnahme des Wohnungsbaues der Stadt Wien nicht gelungen ist, Obdach- und Wohnungslosigkeit in unserer Stadt in nennenswertem Maße zu vermindern.

Die Ziffern der Statistik beweisen, daß sogar — offenbar wegen der verbrecherischen Hausherrenpolitik, bestehende Wohnungen verfallen zu lassen, um aus Wiederherstellungen und Neubauten, die womöglich auf Kosten der Allgemeinheit durchgeführt werden, ungeheure Profite zu ziehen — die Zahl der Wohnungsbedürftigen ununterbrochen ansteigt. Dabei wird ein außerordentlich strenger Maßstab bei der Prüfung der Wohnungsbedürftigkeit angewendet, und es werden nur jene Fälle als dringend wohnungsbedürftig bezeichnet, in denen das Wohnungselend so groß ist, daß eine Abhilfe nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Um hier entscheidenden Wandel zu schaffen, ist es notwendig, ein großzügiges Programm des sozialen Wohnungsbaues zu entwickeln und durchzuführen. Dieses Programm müßte sichern, daß in einem Zeitraum von etwa 5 Jahren wenigstens alle dringend Wohnungsbedürftigen in Wien eine geeignete, allen modernen Anforderungen entsprechende Wohnung erhalten. Um dies zu erreichen, muß die Zahl der neu erbauten Wohnungen natürlich die Zahl der alljährlich verfallenen Wohnungen um ein Bedeutendes überschreiten. Zudem muß in diesem Programm darauf Bedacht genommen werden, daß, nötigenfalls durch Ersatzvornahme der notwendigen Bauarbeiten durch die Stadtverwaltung, soweit dies irgend möglich ist, dem weiteren Verfall von Wohnraum Einhalt geboten wird.

Der Gemeinderat der Stadt Wien beauftragt den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI, ein solches Programm ausarbeiten zu lassen und es, mit allen konkreten Unterlagen versehen, dem Gemeinderat der Stadt Wien ehestens, jedenfalls noch im 1. Quartal des Jahres 1952, vorzulegen. Die derzeit vorgesehene Wohnbautätigkeit der Stadt Wien im Jahre 1952 ist in dieses Programm einzubauen und entsprechend diesem Programm zu erweitern.

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Maller:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien stellt fest, daß insbesondere in den Randgebieten der Stadt — nicht nur im Gebiet der sogenannten Randgemeinden, sondern auch in den Außenbezirken des alten Stadtgebiets — die Verkehrsverhältnisse außerordentlich schlecht sind und nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung einer Großstadt entsprechen.

In vielen stark bebauten Siedlungsgebieten befinden sich Straßen und Wege in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Vielfach ähneln die Straßen mitten durch Siedlungen oder die Verbindungsstraßen zu solchen Siedlungen schlecht gehaltenen Feldwegen auf dem flachen Lande. Es ist klar, daß solche Verhältnisse die arbeitenden Menschen, die in diesen Siedlungsgebieten wohnen, auf das schwerste benachteiligen.

Auch die Beleuchtung der Straßen und Wege in diesen Gebieten läßt nicht nur zu wünschen übrig, sondern fehlt vielfach überhaupt oder ist in einer Weise durchgeführt, wie sie in einer Großstadt unmöglich ist.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hält es für eine unabweisbare Notwendigkeit, auch den Bewohnern der Randgebiete der Stadt das zu sichern, was sie als Bewohner einer Großstadt wie Wien mit Recht fordern können, nämlich insbesondere Verkehrsverhältnisse, wie sie einer Großstadt würdig sind. Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert daher den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI auf, in der nächsten Zeit ein Zusatzprogramm ausarbeiten zu lassen, das die Verbesserung der Straßenverhältnisse und der öffentlichen Beleuchtung insbesondere in den bisher vernachlässigten Randgebieten der Stadt vorsieht. Dieses Programm müßte konkrete Angaben über die notwendigen Arbeiten auf diesem Gebiet bis zur vollen Ausgestaltung der Straßen, der Wege und der öffentlichen Beleuchtung in allen diesen Gebieten enthalten. Dabei wird vorzusehen sein, daß die dringlichsten Arbeiten noch im Jahre 1952 durchgeführt werden und daß binnen weniger Jahre plangemäß in allen Randgebieten die Verkehrsverhältnisse auf eine der Großstadt Wien würdige Weise eingerichtet werden.

Der Gemeinderat der Stadt Wien erwartet, daß der Herr Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI dafür sorgen wird, daß ein solches Zusatzprogramm dem Gemeinderat binnen kürzester Frist, jedenfalls noch im ersten Quartal 1952, vorgelegt werde.

Antrag der GRe. Dr. Prutscher und Genossen gemäß § 17 der Geschäftsordnung:

Um den Lieferungsausschreibungen die größtmöglichste Einsicht und Garantie für eine zweckmäßige Durchführung zu geben, sollen Vorarbeiten getroffen werden, um schrittweise einen Zustand zu erreichen, wie ihn die Ö-Norm B 2060 in § 7 enthält:

„Ist die Mitwirkung von besonderen Sachverständigen zweckmäßig, um die Ausschreibung vorzubereiten oder die geforderten Preise und Stundenlohnsätze zu prüfen oder die vertragsmäßige Ausführung der Leistung festzustellen, so sollen sie in der Regel von Berufsvertretungen vorgeschlagen werden; die Sachverständigen dürfen weder mittelbar noch unmittelbar an der betreffenden Vergebung beteiligt sein. Die Berufsvertretung selbst ist in geeigneten Fällen um unentgeltliche gutachtliche Äußerung zu ersuchen, wenn sie sich hiezu erboten hat."

Als geeignete Fälle wären hiebei grundsätzlich alle Ausschreibungen über eine gewisse Höhe anzusehen. Es kann dabei darauf verwiesen werden, daß sowohl im Auslande, in der Schweiz, seit 1923 eine entsprechende Praxis gehandhabt wird, als auch bei der Vergebung von Arbeiten durch die Stadtgemeinde Graz seit 1947 ebenfalls eine entsprechende Bestimmung besteht. Die Rechte des niedersten Bieters sowie die Interessen der öffentlichen Hand, das niederste Angebot berücksichtigen zu können, das qualitativ tragbar ist, können hiebei vollkommen gewahrt bleiben. Der Bestbieter, von dem angenommen wird, daß er ein Unterangebot gelegt hat, kann etwa nach dem Schweizer Beispiel eine Verhandlung vor der ausschreibenden Stelle verlangen.

Es sind hiebei drei Prinzipien verwirklicht:

1. Zusammenarbeit von Stellen, die voneinander unabhängig sind.
2. Alle beteiligten, vergebenden Stellen, Bieter und Kalkulationsstelle, können sich überzeugen, daß es mit rechten Dingen zugeht.
3. Der Bieter ist in dieses Verfahren eingeschaltet. Ein kurzes Schema kann dies zeigen.

1. Beteiligte: Vergebende Stelle; Rechte: hat letzte Entscheidung; Pflichten: sie muß beide Teile hören.
2. Beteiligte: Fachverband, Fachgruppe; Rechte: kann Kontrolloffert legen; Pflichten: muß mit ihren Ziffern vor vergebender Stelle bestehen können.
3. Beteiligte: Bieter; Rechte: kann das Gutachten der Kalkulationsstelle in Zweifel ziehen; Pflichten: muß aber sein Angebot beweisen können.

Über die Einrichtungen dieser Regelung möge mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft als Vertretung der Unterorganisationen (neuen Fachgruppen usw.), die sich in diese Aktion einzuschalten bereit sind, in Verbindung getreten werden.

(Die Sitzung wird um 22 Uhr 38 Minuten unterbrochen.)

Verlustanzeigen

Die Dienstabzeichen der Städtischen Bestattung Nr. 1 und Nr. 29 sind in Verlust geraten. Sie werden hiemit für ungültig erklärt.

4. Sitzungstag

Vorsitzende: Bgm. Jonas und die GRe. Marek, Dr.-Ing. Hengl, Helene Potetz und Mazur.

Schriftführer: Die GRe. Mistinger sowie Kutschera und Vlach.

(Wiederaufnahme der Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten.)

12. GR. Hans Winter ist entschuldigt.

Berichterstatter: StR. Robetschek

13. (Pr.Z. 2952/51, P. 1) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.)

(Redner: Die GRe. Ing. Haider, Dr. Matejka, Kammermayer und Fronauer. Während der Rede des GR. Dr. Matejka übernimmt GR. Marek den Vorsitz.)

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII, Hauptstück Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, und die zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages werden genehmigt.

Folgender Antrag wird abgelehnt:

Antrag des GR. Dipl.-Ing. Haider auf Erhöhung des Ansatzes der Ausgaberubrik 722/54 des Voranschlages 1952 zwecks Vermehrung der Sitzbänke und Abfallkörbe in den städtischen Friedhöfen.

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich zu Rubrik 722/54 des Voranschlages für das Jahr 1952 den Beschluß- (Resolutions-) Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ansatz der Ausgabepost 722/54, Inventaranschaffungen der Friedhöfe, des Voranschlages für das Jahr 1952 ist zwecks Vermehrung der Sitzbänke und Abfallkörbe in den städtischen Friedhöfen entsprechend zu erhöhen.

Folgender Antrag wird der Geschäftsgruppe VII zugewiesen:

(Pr.Z. G 120 A/51.) Antrag des GR. Dipl.-Ing. Haider auf Vermehrung des Personalstandes der Baupolizei.

Berichterstatter: StR. Koci.

14. (Pr.Z. 2952/51, P. 1.) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.)

(Redner: Die GRe. Ing. Haider, Hausner, Sajdik und Swoboda. Während des Berichts übernimmt GR. Dr.-Ing. Hengl den Vorsitz, sodann übernimmt ihn GR. Helene Potetz und gibt ihn während der Rede des GR. Hausner wieder an GR. Dr.-Ing. Hengl ab.

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgruppe VIII, Hauptstück Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, und die zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages werden genehmigt.

Folgende Anträge werden abgelehnt:

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Hausner:

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien wendet sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß durch eine Anordnung des Magistrats die Mietzinse in den städtischen Wohnhausanlagen, die vor 1945 errichtet wurden, ab 1. Dezember 1951 erhöht wurden. Der Gemeinderat der Stadt Wien erblickt in dieser Zinserhöhung eine Maßnahme, die wirtschaftlich ungerechtfertigt ist, die Mieter in den städtischen Wohnhausanlagen empfindlich belastet und den privaten Hausherren ein Argument für ihren Zinswucher bietet.

Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII auf, dafür zu sorgen, daß die erwähnte, durch Anordnung des Wiener Magistrats erfolgte Erhöhung der Mietzinse in den städtischen Wohnhausanlagen, die vor 1945 errichtet wurden, sofort rückgängig gemacht wird, wobei den Mietern die bereits erfolgten Zahlungen, soweit sie die früher geltenden Zinsbeträge übersteigen, rückzuerstatten oder auf die nächstfällige Zinszahlung anzurechnen sind.

Im übrigen hält es der Gemeinderat der Stadt Wien für eine Selbstverständlichkeit, daß wirtschaftlich und sozial so wichtige Maßnahmen wie die Bestimmung der Mietzinse in den städtischen Wohnhausanlagen nicht durch Anordnung des Magistrats getroffen werden, sondern nur auf Grund von Beschlüssen des Gemeinderates der Stadt Wien selbst erfolgen dürfen. Der Gemeinderat der Stadt Wien erklärt daher ausdrücklich, daß in Hinkunft keinerlei Erhöhung der Mietzinse oder irgendwelcher Nebengebühren hiezu für städtische Wohnhäuser ohne ausdrücklichen Beschluß des Gemeinderates erfolgen darf; Ausnahmen sind nur dort zulässig, wo hinsichtlich der Mietzinse oder irgendwelcher Nebenleistungen hiezu ausdrücklich gesetzliche Regelungen der Stadt Wien die Einhebung bestimmter Beträge vorschreiben.

Beschluß- (Resolutions-) Antrag des GR. Hausner.

Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung stelle ich den nachfolgenden Beschluß- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien begrüßt es, daß endlich entsprechende Leistungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erreicht werden konnten und daß im Zusammenhang damit der Wiederaufbau zerstörter Teile städtischer Wohnhausanlagen durchgeführt wird. Der Gemeinderat erwartet, daß dieser Wiederaufbau beschleunigt durchgeführt und womöglich noch im Laufe des Jahres 1952 vollendet wird.

Mit Bedauern stellt der Gemeinderat der Stadt Wien fest, daß zahlreiche Wohnhausanlagen der Stadt Wien dringender Erneuerungsarbeiten bedürfen. Dies betrifft die Innenausgestaltung dieser Anlagen und der Wohnungen, aber auch die Außengestaltung der Anlagen und aller zugehörigen Einrichtungen. Die Wohnhausanlagen der Stadt Wien sollen und müssen jedoch in tadellosem Zustand sein, und Schäden, die während des Faschismus oder durch den Krieg

eingetreten sind, ebenso wie Schäden, die auf die Einwirkung der Witterung usw. zurückgehen, müssen behoben werden.

Der Gemeinderat der Stadt Wien erwartet daher, daß die notwendigen Renovierungen und Instandsetzungen der Wohnhausanlagen der Stadt Wien überall dort, wo Schäden aufgetreten sind, noch während des Jahres 1952 durchgeführt werden. Er fordert den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII als den für die städtische Wohnhäuserverwaltung verantwortlichen Amtsführenden Stadtrat auf, im Einvernehmen mit dem für das Bauwesen verantwortlichen Amtsführenden Stadtrat ein Sofortprogramm der Behebung aller Schäden und der Durchführung aller notwendigen Reparaturen und Instandsetzungen an städtischen Wohnhausanlagen auszuarbeiten, das die Durchführung der notwendigen Arbeiten im Laufe eines Jahres sichert. Der Gemeinderat der Stadt Wien erwartet den Bericht der zuständigen Amtsführenden Stadträte über dieses Programm und über die Sicherung der Durchführung der darin gestellten Aufgaben bis spätestens Ende Februar 1952.

Antrag der GRe. Sajdik, Skokan, Vlach und Genossen:

Bei Aufhebung einer provisorischen Benützungsbewilligung durch die Verwaltungsbehörden für Möbel gemäß dem XIV. Hauptstück, Abschnitt III, Ziffer 9, des Verbotsgesetzes, sind die Möbel dem früheren Eigentümer zurückzugeben, ohne einen allfälligen Eigentumsübergang kraft Gesetzes für die Gemeinde Wien als Gebietskörperschaft in Anspruch zu nehmen.

Berichterstatter: StR. Bauer

15. (Pr.Z. 2952/51, P. 1.) Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952. (Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten.)

(Redner: Die GRe. Ing. Haider, Dr. Soswinski, Etzersdorfer und Lötsch. Während des Berichtes übernimmt GR. Mazur den Vorsitz.)

Die vom Stadtsenat beantragten Ansätze des vorgelegten Voranschlages der Verwaltungsgrupe IX, Hauptstück Wirtschaftsangelegenheiten, und die zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages werden genehmigt.

Folgender Antrag wird angenommen:

(Pr.Z. G 121 A/51.) Beschlußantrag der GRe. Lötsch, Svetelsky und Genossen, betreffend die Einhaltung der sozialen Schutzgesetze solcher Unternehmungen, an die Arbeiten und Lieferungen der Gemeinde vergeben werden.

Folgender Antrag wird dem Gemeinderatsausschuß IX zugewiesen:

(Pr.Z. G 122 A/51.) Antrag des GR. Dipl.-Ing. Haider, betreffend die Einführung eines obligaten Verkehrserziehungsunterrichtes in den Schulen.

(Die Sitzung wird um 22 Uhr 7 Minuten unterbrochen.)

Gemeinderatsausschüsse

Gemeinderatsausschuß IV

Sitzung vom 17. Jänner 1952

Vorsitzender: GR. Mistinger.

Anwesende: Amtsf. StR. Vbgm. Honay; GRe. Alt, Bischko, Prof. Hiltl, Kinkor, Kratky, Lauscher, Lehnert; ferner: SR. Dr. Scharnagl, OMR. Professor Tesarek, OMR. Dr. Rapp, MR. Dr. Ertl.

Entschuldigt: GRe. Kowatsch, Nödl, Vavrovsky.

Schriftführer: Kzl.Offz. Frisch.

Berichterstatter: Vbgm. Honay.

(A.Z. A IV/204/51; M.Abt. 11 — VIII/7/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Finanzausschuß und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Die Magistratsabteilung 11 wird ermächtigt, an bedürftige, in städt. Krankenanstalten unbezahlt tätige Gastärzte, einschließlich den von den Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses im Rahmen dieser Aktion zu übernehmenden 31 derzeit bereits im Stipendienbezug stehenden Gastärzten, deren Zahl auf 402 beschränkt wird, Stipendien bis zur Höhe von 500 S monatlich ab 1. Jänner 1952 zu gewähren, falls der Bund sich bereit erklärt, auch 1952 die Hälfte der Kosten zu tragen.

2. Für Stipendien für Gastärzte wird für das Jahr 1952 eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe von 2,412.000 S genehmigt, die auf der neu zu eröffnenden Rubrik 401, Jugendamt, unter Post 41, Stipendien für Gastärzte, zu verrechnen und in nicht veranschlagten Einnahmen der Rubrik 401, Jugendamt, unter Post 3 f, Beitrag des Bundes für Stipendien für Gastärzte, mit 1,206.000 S und in der Allgemeinen Rücklage mit 1,206.000 S zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Alt.

(A.Z. A IV/195/51; M.Abt. 11 — XII/58/51.)

Für höhere Verwaltungskostenbeiträge an die M.Abt. 48 wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 401, Jugendamt, unter Post 38, Verwaltungskostenbeiträge (derz. Ansatz 160.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 45.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 401, Jugendamt, unter Post 33, Ausspeisungen und Sonderhilfsaktionen, zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Kratky.

(A.Z. A IV/197/51; M.Abt. 11 — J. a. W. 461/51.)

Für die Umgestaltung des kriegsbeschädigten Objektes, 16, Grundsteingasse 65, in ein Heim der Jugend am Werk wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 409, Jugend am Werk, unter Post 51, Bauliche Herstellungen (lfd. Nr. 73/2, derz. Ansatz 340.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 50.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 51, Bauliche Herstellungen (lfd. Nr. 61, 13, Hugo Breitner-Hof, 1. Baurate), zu decken ist.

(A.Z. A IV/198/51; M.Abt. 11 — XII/68/51.)

Für Mehrausgaben für die Kindergartenausspeisung infolge Preis- und Materialerhöhung wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 29, Ausspeisung und allfällige Sonderaktionen (derz. Ansatz 3,900.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 485.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 401, Jugendamt, unter Post 33, Ausspeisungen und Sonderhilfsaktionen, zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Lehnert.

(A.Z. A IV/196/51; M.Abt. 11 — XII/64/51.)

Für Mehrausgaben für Überstellungen wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 404, Unterbringung in fremden Anstalten, unter Post 26, Fahrauslagen für Überstellung und Rückholung (derzeitiger Ansatz 85.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 8000 S genehmigt, die in Mehreinnahmen der Rubrik 407, Verpflegskosten im Regreßwege, unter Post 3, Verpflegs-, Transportkosten und sonstige Ersätze, zu decken ist.

(A.Z. A IV/4/52; M.Abt. 11 — XII/70/51.)

Für erhöhte Umsatzsteuerzahlungen für die Erholungsfürsorge wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 406, Erholungsfürsorge, unter Post 27, Umsatzsteuer (derz. Ansatz 25.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 6000 S genehmigt, die in Mehreinnahmen der Rubrik 406, Erholungsfürsorge, unter Post 3, Verpflegs- und Fahrtkostenersätze, zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Bischko.

(A.Z. A IV/203/51; M.Abt. 12 — I/686/51.)

Für Mehrausgaben infolge von Gebarungsrichtigstellungen wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 413, Familienunterhalt, unter Post 30, Familienunterhalt (derz. Ansatz 8000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 16.500 S genehmigt, die in Mehreinnahmen der Rubrik 413, Familienunterhalt, unter Post 3 a, Beitrag des Bundes zum Familienunterhalt, zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Prof. Hiltl.

(A.Z. A IV/6/52; M.Abt. 13 — 23/52.)

Für Mehraufwendungen an Verpflegs- und Transportkosten für Unterbringung in fremden Anstalten infolge Auswirkung des 5. Lohn- und Preisabkommens wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 431, Fürsorgeverbandskosten, unter Post 30, Verpflegs- und Transportkosten für Unterbringung in fremden Anstalten (derz. Ansatz 3,785.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 291.000 S genehmigt, die in Mehreinnahmen der Rubrik 431, Fürsorgeverbandskosten, unter Post 3 a, Rückersatz von Leistungen der öffentlichen Fürsorge, mit 120.000 S; unter Post 3 b, Verpflegs- und Transportkostenersatz in der geschlossenen Fürsorge, mit 71.000 S; unter Post 3 c, nachträglicher Ersatz von Verpflegs- und Transportkosten zu eigenen Fürsorgeverbandskosten, mit 100.000 S zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Kratky.

(A.Z. A IV/3/52; M.A. 11 — XII/69/51.)

Für erhöhte allgemeine Unkosten, vor allem wegen Preissteigerungen, wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 27, Allgemeine Unkosten (derz. Ansatz 90.300 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 17.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 24, Verbrauchsmaterialien, zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Kinkor.

(A.Z. A IV/5/52; M.Abt. 11 — 852.016/48/Jufa.)

Martinschitz Josefine, Karl, Hannelore, Georg, Antrag auf Abschreibung des Verpflegskostenrückstandes von 1881.51 S.

Die Abschreibung des uneinbringlichen Verpflegskostenrückstandes in der Höhe von 1881.51 S wird genehmigt.

Berichterstatter: Vbgm. Honay.

(A.Z. A IV/193/51; M.Abt. 11 — XVII/123/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Finanzausschuß, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Wegen Preissteigerungen und höherem Personalaufwand in den Erholungsheimen werden die Verpflegskosten für die vom Wiener Jugendhilfswerk in Erholungs- und Ferienheimen untergebrachten Kinder rückwirkend ab 1. April 1951 von 11 S auf 11.40 S täglich und ab 16. Juli 1951 von 11.40 S auf 15 S täglich erhöht.

2. Für die Mehrausgabe im Betrage von 230.000 S wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 406, Erholungsfürsorge, unter Post 30, Verpflegskosten (derz. Ansatz 2,530.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 230.000 S genehmigt, die mit dem Teilbetrag von 100.000 S in Mehreinnahmen der Rubrik 406, Erholungsfürsorge, Post 3, Verpflegs- und Fahrtkostenersätze, und mit dem Rest von 130.000 S in Minderausgaben der Rubrik 401, Jugendamt, Post 33, Ausspeisungen und Sonderhilfsaktionen, zu bedecken ist.

Gemeinderatsausschuß VI

Sitzung vom 17. Jänner 1952

Vorsitzender: GR. Dipl.-Ing. Witzmann.

Anwesende: Amtsf. StR. Thaller, die GRe. Dinstl, Fürstenhofer, Kammermayer, Arch. Lust, Maller, Helene Potetz, Dr. Prutscher, Wiedermann; ferner StBDior. Dipl.-Ing. Gundacker, OSR. Dipl.-Ing. Steiner, die SRe. Dipl.-Ing. Hosnedl, Dr.-Ing. Tillmann.

Entschuldigt: GRe. Jodlbauer, Dipl.-Ing. Rieger.

Schriftführer: AR. Knirsch.

Berichterstatter: GR. Dinstl.

(A.Z. 3393/51; M.Abt. 26 — Vor/77/51.)

Für die Durchführung verschiedener Arbeiten der Anlagenerhaltung von Amtshäusern wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 618, Gebäudeerhaltung, unter Post 20, Anlagenerhaltung (derz. Ansatz 5,017.530 S), eine fünfte Überschreitung in der Höhe von 500.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 618/51, lfd. Nr. 242, mit 100.000 S, lfd. Nr. 245, mit 200.000 S, der Rubrik 618/71, lfd. Nr. 541, mit 200.000 S, zusammen 500.000 S, zu decken ist.

(A.Z. 10/52; M.Abt. 25 — EA 418/49.)

Für die Durchführung der Sicherungsarbeiten laut dem vollstreckbaren Bescheid der M.Abt. 36, Zl. 21709/50, vom 28. November 1950 im Hause, 20, Hannovergasse 14, wird eine Erhöhung der Kosten von 100.000 S auf 140.000 S nachträglich genehmigt.

(A.Z. 29/52; M.Abt. 24 — 5114/2/52.)

Die Gewichtsschlosserarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 14, Amortgasse-Goldschlagstraße, Bauteil A, sind an die Firma Georg Wittek, 6, Millergasse 19, auf Grund ihres Anbotes vom 18. Dezember 1951 und 2. Jänner 1952 zu übertragen.

(A.Z. 80/82; M.Abt. 26 — Sch 30/1/52.)

Die Fertigstellung der Behebung von Kriegsschäden in der Schule, 2, Wittelsbachstraße 6, mit einem voraussichtlichen Kostenerfordernis von 710.000 S wird genehmigt.

Der Betrag von 710.000 S ist auf Rubrik 914, Volks-, Haupt- und Sonderschulen, Post 71, Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen, im Voranschlag 1952 zu bedecken.

Die Schlosserarbeiten sind an die Firma Julius Kasparek, 16, Fröbelgasse 15, auf Grund ihres Anbotes vom 26. November 1951, die Anstreicherarbeiten sind an die Firma Karl Bazant, 13, Jodlgasse 3, auf Grund ihres Anbotes vom 13. Dezember 1951 zu übertragen.

Berichterstatter: GR. Fürstenhofer.

(A.Z. 14/52; M.Abt. 21 — 1131/51.)

Die Lieferung und Verlegung von zirka 900 qm Eichenbrettelboden für den Wohnhauswiederaufbau, 10, Quellenstraße 24 b, wird der Firma „Slavonia“ AG, 11, Zinnergasse 6, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Bedarfsstelle zu bedecken.

(A.Z. 19/52; M.Abt. 27 — W.A. X/8/50.)

Die Behebung der Kriegsschäden an der städtischen Wohnhausanlage, 10, Triester Straße 51—53, Stiege 2, wird genehmigt.

Der für das Bauvorhaben erforderliche Betrag von 330.000 S ist auf A.R. 811/71, lfd. Nr. 639, des Voranschlages 1952 zu bedecken.

Die gewährte Fondshilfe (ERP) ist auf E.R. 811, 70 a, in Eingang zu nehmen.

Die Baumeisterarbeiten sind der Firma Ing. Karl Kobermann, 16, Friedmanngasse 42, die Tischlerarbeiten der Firma Ferdinand Steyer & Söhne, 25, Breitenfurter Straße 2, auf Grund ihrer Anbote vom 21. November 1951 zu übertragen.

(A.Z. 3348/51; M.Abt. 28 — 3712/50.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und den Gemeinderat weitergeleitet.

Die Landwirtschaftliche Genossenschaft Wien-Hadersdorf wird aus ihrer Verpflichtung zur Herstellung der Windschutzstraße, der Stammhausstraße und der Teichstraße im Bereiche der Siedlung dieser Genossenschaft entlassen. Diese Straßenstrecken gehen in die Obsorge der Stadt Wien mit der Einschränkung über, daß die Erhaltungs- und Haftungspflicht der Siedlungsgenossenschaft gemäß des seinerzeitigen Abteilungsbescheides der Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung, Zl. X — 141/12 vom 8. März 1930, hinsichtlich des vorläufigen Zustandes der Fahrbahnen dieser Straßen so lange aufrecht bleibt, bis die Stadt Wien die Fahrbahnen ordnungsgemäß hergestellt hat.

Durch die Übernahme in die Obsorge der Stadt Wien ergibt sich für die Siedlungsgenossenschaft kein Recht, die Straßenherstellung durch die Stadt Wien in einem bestimmten Zeitpunkt zu verlangen.

Die Entlassung der Genossenschaft aus der Verpflichtung zur Herstellung der drei angeführten Straßen sowie eine spätere straßenbauliche Ausgestaltung dieser oder anderer Straßen dieser Siedlung geben hinsichtlich in den Einlagen der einzelnen Siedlerbaustellen grundbücherlich einverleibten Pfandrechtsforderungen zur Sicherstellung aller aus dem Abteilungsbescheid sich ergebenden Verpflichtungen keinen Anspruch auf Ausstellung von Löschungserklärungen durch die Stadt Wien für die anrainenden Liegenschaften vor durchgeführter Herstellung sämtlicher Straßen dieser Siedlung.

(A.Z. 27/52; M.Abt. 42 — Pr. 342/51.)

Die Durchführung der Abbruchsarbeiten, 2, Venediger Au, Buschkino, mit einem Gesamterfordernis von 65.000 S wird genehmigt.

Die Abbruchsarbeiten sind an die Firma Ing. Ludwig Joo, 4, Stalinplatz 7, zu vergeben.

(A.Z. 40/52; M.Abt. 18 — 5624/51.)

In unwesentlicher Abänderung des Bebauungsplanes für das im Plane 2478, Zl. M.Abt. 18/5624/51, mit den Buchstaben a—b (a) bezeichneten Plangebiet für die Dr. Skala-Straße zwischen der Jedlersdorfer Straße und der Karl Lothringer-Straße im 21. Bezirk (Kat.G. Stammersdorf) werden gemäß § 1 der BO. für Wien nachstehende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Plane rot vollgezogenen und rot hinterschrafften Linien werden als neue Baulinien festgesetzt. Demgemäß werden die schwarz vollgezogenen, schwarz hinterschrafften und gelb gekreuzten Linien außer Kraft gesetzt. Die Dr. Skala-Straße erhält in diesem Teil eine Breite von 8 m.

2. Alle übrigen Bestimmungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes bleiben für das Plangebiet in Kraft.

3. Die Ausgestaltung der Verkehrsfläche der Dr. Skala-Straße ist aus dem im Antragsplan dargestellten Querprofil zu ersehen.

(A.Z. 63/52; M.Abt. 26 — Fw 10/1/52.)

Die Fortsetzungsarbeiten im Jahre 1952 zur Behebung von Kriegsschäden am Offiziersgebäude der Hauptfeuerwache Favoriten, 10, Sonnwendgasse 14, werden mit dem voraussichtlichen Kostenbetrag von rund 45.000 S genehmigt.

(A.Z. 70/52; M.Abt. 24 — 4888/2/52.)

Die Zimmermannsarbeiten für den Wiederaufbau der städtischen Wohnhausanlage, 10, Bürgergasse 22, Stiegen 1, 3, 5 und 7, sind an die Firma Hermann Kolb, 10, Absberggasse 55, auf Grund ihres Anbotes vom 21. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 75/52; M.Abt. 26 — Sch 133/3/52.)

Die Behebung von Kriegsschäden im Hintertrakt der Schule, 10, Quellenstraße Nr. 52—54, mit einem voraussichtlichen Kostenerfordernis von 840.000 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind an die Firma Ing. Josef Granzer, 5, Kohlgasse 51, auf Grund ihres Anbotes vom 3. Dezember 1951, die Tischlerarbeiten sind an die Firma Adolf Dittrich, 14, Goldschlagstraße 174, auf Grund ihres Anbotes vom 4. Dezember 1951 zu vergeben.

(A.Z. 83/52; M.Abt. 25 — EA 445/51.)

1. Die Durchführung der als Sofortmaßnahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 10, Senefeldergasse 57—59, mit einem Kostenaufwand von 68.000 S wird nachträglich genehmigt.

2. Die Arbeiten sind an die Firma Baumeister Karl Fasching, 6, Mariahilfer Straße Nr. 19—21, auf Grund ihres Anbotes vom 15. Dezember 1951 zu vergeben.

Berichterstatter: GR. Dinstl.

(A.Z. 3/52; M.Abt. 27 — E X 24/4/51 und E X 48/2/51.)

Die Durchführung der Abbrucharbeiten der städtischen Althäuser, 10, Johannitergasse 4, und 10, Hintere Südbahnstraße 15, wird genehmigt.

Die Arbeiten sind der Firma Schu & Co., 3., Esteplatz 5, auf Grund ihres Angebotes vom 12. November 1951 zu übertragen.



Die Ausgaben in der Höhe von 138.700 S sind auf A.R. 811/71, lfd. Nr. 640, des Voranschlages 1952 zu bedecken. Die Einnahmen durch die Übernahme des anfallenden Materiales durch die Baufirma in der Höhe von 178.700 S sind auf E.R. 811/70 b, Verkauferlöse, in Eingang zu nehmen.

(A.Z. 5/52; M.Abt. 24 — 5115/61/51.)

Die Kanalisierungsarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 11, Rinnböckstraße-Zippererstraße, 1. Bauteil, sind an die Firma Gebrüder Schwadron, 1, Franz Josefs-Kai 3, auf Grund ihres Anbotes vom 29. Oktober 1951 zu übertragen.

(A.Z. 20/52; M.Abt. 21 — 1160/51.)

Die Lieferung von Grubensandmaterial für das Betriebsgebäude der Garage, 20, Salzachstraße 8, wird an die Firmen Johann Laimer, 20, Bäuerlegasse 3—5, und Josef Ecker, 21, Brünner Straße 117, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Baustelle zu bedecken.

(A.Z. 24/52; M.Abt. 34 — 51.097/1/52.)

Die Durchführung der Elektro-, Gas- und Wasserinstallation in dem städtischen Wohnhausbau, 11, Zippererstraße, Block I und II, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung werden die Elektroinstallation der Firma Johann Rohrhofer, 11, Simmeringer Hauptstraße 55, die Gas- und Wasserinstallation den Firmen Walter Tunder, 5, Reinprechtsdorfer Straße 74, und Friedrich Podsednik, 11, Zippererstraße 23, übertragen.

(A.Z. 28/52; M.Abt. 24 — 51.105/3/52.)

Die Zimmermannsarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 3, Uchatiusgasse 10, sind an die Firma Josef Krammer, 25, Laab im Walde 12, auf Grund ihres Anbotes vom 17. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 59/52; M.Abt. 21 — 1180/51.)

Die Lieferung und Verlegung von zirka 1000 qm Buchenbrettelboden für den Wohnhaus-Wiederaufbau, 10, Quarinplatz 10—12, Stiegen 1—3, wird an die Firma Vereinigte Parkett- und Holzwerke, 19, Heiligenstädter Straße 83, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Bedarfsstelle zu bedecken.

(A.Z. 64/52; M.Abt. 25 — EA 247/50.)

Für die Durchführung der Sicherungsarbeiten laut dem vollstreckbaren Bescheid der M.Abt. 37/X — 3165/50 im Hause, 10, Erlachgasse 83, wird eine Erhöhung der Kosten von 137.000 S auf 240.000 S nachträglich genehmigt.

(A.Z. 65/52; M.Abt. 25 — EA 1392/50.)

Für die Durchführung der Sicherungsarbeiten laut dem vollstreckbaren Bescheid der M.Abt. 37/X — 3165/50 vom 28. November 1950 im Hause, 10, Erlachgasse 7, wird eine Erhöhung der Kosten von 145.000 S auf 200.000 S nachträglich genehmigt.

Berichterstatter: GR. Kammermayer.

(A.Z. 6/52; M.Abt. 24 — 5010/63/51.)

Die Selbstrollerarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 16, Koppstraße—Pfenninggeldgasse, sind an die Firma Josef Peter, 16, Friedrich Kaiser-Gasse 90, auf Grund ihres Anbotes vom 4. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 17/52/ M.Abt. 21 — 1134/51.)

Die Lieferung und Verlegung von zirka 403 qm Buchenbrettelboden für den Wohnhaus-Wiederaufbau, 16, Payergasse 1, wird an die Firma Rauscher & Söhne, 6, Capistrangasse 2, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Bedarfsstelle zu bedecken.

(A.Z. 3353/51; M.Abt. 26 — Kg 35/22/51.)

1. Für die Behebung von Kriegsschäden des städtischen Kindergartens, 19, Heiligenstädter Straße 82, und für die Erhöhung der Baurate 1951 für den Wiederaufbau des städtischen Kindergartens, 10, Lippmanngasse 3, im Rahmen der für diese Objekte genehmigten Gesamtkredite wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 71, Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen (derz. Ansatz 792.500 S), eine dritte Überschreitung in der Höhe von 70.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 405, Kindergärten und Horte, unter Post 51, Bauliche Herstellungen, lfd. Nr. 61, zu decken ist.

2. Der Erhöhung der für den Wiederaufbau des städtischen Kindergartens, 10, Lippmanngasse 3, mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Juni 1950, Pr.Z. 1301/50, genehmigten Baurate 1951 um 40.000 S im Rahmen des mit oben angeführten Beschlusses genehmigten Gesamtkredites wird zugestimmt.

(A.Z. 26/52; M.Abt. 34 — 51116/7/51.)

Die Durchführung der Elektro-, Gas- und Wasserinstallation in dem Wohnhaus-Wiederaufbau, 16, Payergasse 1, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung werden die Elektroinstallation der Firma Gottfried Neuwirth, 8, Albertgasse 17, die Gas- und Wasserinstallation der Firma Ing. K. Schneider, 7, Neustiftgasse 5, übertragen.

(A.Z. 57/52; M.Abt. 21 — 1142/51.)

Die Lieferung von Normentischlerwaren für den Wohnhausbau, 24, Mödling, Jakob Thoma-Straße, wird der Firma Wilhelm Joha, 25, Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 63, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Baustelle zu bedecken.

(A.Z. 79/52; M.Abt. 25 — EA 491/51.)

Für die Durchführung der mit dem Vollstreckungsbescheid der M.Abt. 64, Zl. E.A. XVI/51 vom 14. November 1951 angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 16, Kirchstetterngasse 3, wird eine Erhöhung der Kosten von 442.000 S auf 542.000 S genehmigt.

Berichterstatter: GR. Arch. Lust.

(A.Z. 3408/51; M.Abt. 26 — Hb 1/51/51.)

1. Für die Fertigstellung des Wiederaufbaues des Traktes Gänsbachergasse, 2. Teil, der städtischen Herberge für Obdachlose, 3, Arsenalstraße 9, wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 422, Herbergen für Obdachlose, unter Post 71, Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen, lfd. Nr. 518 (derz. Ansatz 1,295.700 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 250.000 S genehmigt. die aus der allgemeinen Rücklage zu decken ist.

2. Die Erhöhung des Gesamtkostenerfordernisses für den Wiederaufbau des Traktes Gänsbachergasse, 2. Teil, der städtischen Herberge für Obdachlose, 3, Arsenalstraße 9, um 250.000 S auf 2,305.700 S wird genehmigt.

(A.Z. 7/52; M.Abt. 25 — EA 1585/50.)

Für die Durchführung der als Ersatzvornahme mit Vollstreckungsverfügung der M.Abt. 64 — 1/51 vom 13. März 1951 angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 4, Kettenbrückengasse 14, wird eine Erhöhung der Kosten von 157.000 S auf 223.000 S genehmigt.

(A.Z. 60/52; M.Abt. 18 — 5330/51.)

In unwesentlicher Abänderung des Bebauungsplanes für das im Plane Nr. 2466 der M.Abt. 18 zur Zahl 18/5330/51 mit den Buchstaben a—d (a) umschriebene Plangebiet zwischen der Pitkagasse, der Nordbahnanlage, der Weisselgasse und der Schleifgasse im 21. Bezirk, Kat.G. Donaufeld und Groß-Jedlersdorf, II. Teil, werden gemäß § 1 der B.O. für Wien die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

1. Für die Liegenschaften Weisselgasse O.Nr. 15, 17 und 19 sowie die Nordbahnanlage O.Nr. 6 und 7 (im Antragsplan lichtrosa lasiert) wird die geschlossene Bauweise aufgehoben und dafür die offene oder gekuppelte Bauweise neu bestimmt.

2. Die rot strichlierten Linien werden als seitliche und innere Baufluchtlinien neu festgesetzt.

(A.Z. 76/52; M.Abt. 25 — EA 1105/50.)

Für die Durchführung der mit vollstreckbaren Bescheiden der M.Abt 36 — 20998/50 vom 4. Dezember 1950 und 17189/50 vom 11. Oktober 1950 angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 3, Barichgasse 36, wird eine Erhöhung der Kosten von 116.000 S auf 138.000 S nachträglich genehmigt.

(A.Z. 78/52; M.Abt. 25 — EA 213/50.)

Für die Durchführung der mit Vollstrekkungsverfügung der M.Abt. 64 — EA III/51 vom 17. April 1951 angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 3, Landstraßer Gürtel 25, wird eine Erhöhung der Kosten von 146.000 S auf 164.000 S genehmigt.

Berichterstatter: GR. Maller.

(A.Z. 9/52; M.Abt. 25 — EA 568/49.)

Für die Durchführung der Sicherungsarbeiten laut dem vollstreckbaren Bescheid der M.Abt. 37/XXI — 6934/50 vom 4. Oktober 1950 und M. Abt. 37/XXI — 2809/50 vom 7. Dezember 1950 im Hause, 21, O'Brien-Gasse 54, wird eine Erhöhung der Kosten von 110.000 S auf 124.200 nachträglich genehmigt.

(A.Z. 15/52; M.Abt. 21 — 1132/51.)

Die Lieferung und Verlegung von zirka 450 qm Buchenbrettelboden für den Wohnhaus-Wiederaufbau, 11, Lorystraße 40/42, wird der Firma Hans Tasch, 15, Diefenbachgasse 41, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Bedarfsstelle zu bedecken.

(A.Z. 39/52; M.Abt. 44 — 14/52.)

Für die Haltung eines personaleigenen Wachhundes in städtischen Bädern wird ein Futterpauschale von monatlich 24 S genehmigt.

(A.Z. 69/52; M.Abt. 34 — 5187/5/51.)

Die Durchführung der Elektro-, Gas- und Wasserinstallationen im städtischen Wohnhausbau (Wiederaufbau), 5, Stöbergasse 16—18, Stiegen 7 und 8, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlungen werden die Elektroinstallation der Firma Franz Schuster, 5, Ramperstorffergasse 7, die Gas- und Wasserinstallation der Firma Karl Mayer, 5, Kohlgasse 15, übertragen.

(A.Z. 72/52; M.Abt. 27 — U VIII 11/1/51.)

Die Überschreitung des genehmigten Betrages von 560.000 S um 57.000 S auf 617.000 S für die Rekonstruktionsarbeiten nach Zeitschäden im Theatergebäude der Liegenschaft, 8, Josefstädter Straße 26, wird genehmigt.

Der Betrag ist auf A.R. 811/20 des Voranschlages 1951 zu bedecken.

Die aufgelaufene Gesamtsumme von 649.000 S ist, da es sich um eine Ersatzausführung handelt, auf Rubrik 617/52 des Voranschlages 1951 umzubuchen.

Berichterstatter: GR. Helene Potetz.

(A.Z. 11/52; M.Abt. 25 — EA 943/49.)

Für die Durchführung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 12, Schönbrunner Straße 138, wird eine Erhöhung der Kosten um 24.000 S, das ist von 156.000 S auf 180.000 S, genehmigt.

(A.Z. 16/52; M.Abt. 21 — 1133/51.)

Die Lieferung und Verlegung von zirka 400 qm Eichenbrettelboden für den Wohnhaus-Wiederaufbau, 12, Egger-Lienz-Gasse 3, Stiege 3, wird der Firma Slavonia AG, 11, Zinnergasse 6, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Baustelle zu bedecken.

(A.Z. 21/52; M.Abt. 28 — 1740/51.)

Die Erhöhung des für die Herstellung einer Tränkmakadamdecke auf der Landstraße I/82 von km 10,45 bis 11,34, Wienerherberg-Ebergassing im 23. Bezirk genehmigten Sachkredites von 180.000 S auf 203.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 25/52; M.Abt. 34 — 51.006/7/51.)

Die Durchführung der Elektro-, Gas- und Wasserinstallation in der städtischen Wohnhausanlage, 12, Moosbruggergasse, 3. Teil, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung wird die Elektroinstallation der Firma Ing. Emil Gomsi, 15, Mareschgasse 6, die Gas- und Wasserinstallation der Firma Stefan Österreicher, 14, Kuefsteingasse 13, übertragen.

(A.Z. 67/52; M.Abt. 28 — 200/52.)

Die Mehrkosten der in der beiliegenden Tabelle angeführten Straßenbauten werden mit den Einzelbeträgen gemäß beiliegender Tabelle mit dem Gesamtbetrage von 2,670.000 S genehmigt.

(A.Z. 74/52; M.Abt. 26 — Sch 160/1/52.)

Die Durchführung des Wiederaufbaues der kriegsbeschädigten Schule, 12, Johann Hoffmann-Platz 19, mit einem Gesamterfordernis von 1,930.000 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind an die Firma Fischer & Gridl, 19, Sieveringer Straße 103, auf Grund ihres Anbotes vom 21. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 85/52; M.Abt. 29 — 154/52.)

Der Sachkredit für die Regulierung des Liesingbaches im Baulos Inzersdorf II in der Höhe von 5,800.000 S wird um 900.000 S auf 6,700.000 S erhöht. Das Mehrkostenerfordernis für das Jahr 1951 von 600.000 S ist im

Haushaltsplan 1951, A.R. 622, Post 52, lfd. Nr. 268, und das Mehrkostenerfordernis für das Jahr 1952 von 300.000 S im Haushaltsplan 1952, A.R. 622, Post 52, lfd. Nr. 337, bedeckt.

Berichterstatter: GR. Dr. Prutscher

(A.Z. 8/52; M.Abt. 25 — EA 1031/49.)

Für die Durchführung der als Ersatzvornahme mit Vollstreckungsverfügung der M.Abt. 64 — 7210/50 vom 13. März 1951 angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 4, Favoritenstraße 33, wird eine Erhöhung der Kosten von 164.000 S auf 179.000 S genehmigt.

(A.Z. 13/52; M.Abt. 31 — 4620/50.)

Die Erhöhung des mit Gemeinderatsbeschluß vom 21. September 1951, Pr.Z. 1871, für den Bau der 16-kV-Freileitung von Weikersdorf nach Neusiedl am Steinfeld genehmigten Sachkredites von 250.000 S um 100.000 S auf 350.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 22/52; M.Abt. 24 — 5114/1/52.)

Die Terrazzoarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 14, Amortgasse-Goldschlagstraße, Bauteil A, sind an die Firma Dipl.-Ing. Franz Hartmann, 2, Große Schiffgasse 2, auf Grund ihres Anbotes vom 14. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 42/52; M.Abt. 26 — Hb 6/1/52.)

Die vorzeitige Ausbezahlung des Deckungsrücklasses an die Firma Baumeister Ing. Franz Steppan, 14, Hadersdorf, Mauerbachstraße 22 a, der die Arbeiten für die Errichtung von Notwohnungen im Gelände Auhof übertragen wurden, gegen Erlag eines Haftbriefes der Österreichischen Länderbank AG wird genehmigt.

(A.Z. 62/52; M.Abt. 25 — EA 552/51.)

Für die Durchführung der Sicherungsarbeiten laut dem vollstreckbaren Bescheid der M.Abt. 36 — 1/51 vom 22. Juni 1951 im Hause, 1, Operngasse 8, wird eine Erhöhung der Kosten von 229.000 S auf 253.000 S nachträglich genehmigt.

(A.Z. 71/52; M.Abt. 24 — 5139/6/52.)

1. Der Beschluß des GRA VI zur Zl. 3058/51 vom 29. November 1951 wird aufgehoben.

2. Die Asphaltierungs- und Isolierungsarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 14, Linzer Straße 299, 3. Bauabschnitt, Bauteil E und F, sind an die Firma Karl Günther, 1, Rathausstraße 13, auf Grund ihres Anbotes vom 25. Oktober 1951 zu übertragen.

(A.Z. 77/52; M.Abt. 25 — EA 807/49.)

Die Erhöhung der Kosten von 64.000 S um 15.000 S auf 79.000 S für die Durchführung der mit Vollstreckungsverfügung der M.Abt. 64 — 7643/49 vom 3. Jänner 1950 angeordneten Sicherungsmaßnahmen im Hause, 8, Neudeggergasse 14, wird genehmigt.

Berichterstatter: GR. Arch. Lust

(A.Z. 3357/51; Bau-Dion 4277/51.)

Für Mehrerfordernis infolge der großen Erhöhung des Kilometertarifes für Dienstkraftwagen wird im Voranschlag 1951 zu Rubrik 601, Stadtbauamtsdirektion, unter Post 38, Verwaltungskostenbeiträge (derz. Ansatz 418.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 240.000 S genehmigt, die in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu decken ist.

(A.Z. 2/52; M.Abt. 22 — WPA 1/52.)

Die Lieferung einer Drehbank mit 2 m Drehlänge ist der Firma Heid AG, 1, Mahlerstraße 6, auf Grund ihres Anbotes vom 6. September 1951 zu übertragen.

(A.Z. 18/52; M.Abt. 31 — 6874/51.)

Die Beschaffung von gußeisernen Druckrohren und Rohrformstücken für den Ausbau des Rohrnetzes der Wasserwerke mit dem Gesamterfordernis von 2,500.000 S wird genehmigt.

Die Lieferungen sind an die Kontinentale Eisenhandelsgesellschaft, 1, Neutorgasse 17, auf Grund ihres Anbotes vom 22. November 1951 und an die Halbergerhütte GmbH, Brebach-Saar, auf Grund ihrer Proformarechnung vom 31. Oktober 1951 zu vergeben.

(A.Z. 23/52; M.Abt. 22 — WPA 3/52.)

Die Lieferung eines Schnellhoblers mit 500 mm Hub (Type EB 6) ist der Firma Ing. A. Zeisel, 7, Kaiserstraße 85, auf Grund ihres Anbotes vom 12. Dezember 1951 zu übertragen.

(A.Z. 32/52; M.Abt. 28 — 4800/51.)

Die Erhöhung des für die Herstellung einer Mischdecke auf der Landstraße II/33 von der Budapester Bundesstraße bis Rauchenwarth (km 0,00 bis 2,40) im 23. Bezirk genehmigten Sachkredites von 450.000 S auf 462.000 S wird genehmigt.

Berichterstatter: GR. Wiedermann

(A.Z. 3349/51; M.Abt. 44 — 122/51.)

Für den Mehraufwand an Vergnügungssteuer wird im Voranschlag 1951 zu A.R. 633, Bäder, Post 27, Allgemeine Unkosten (derz. Ansatz 771.500 S), eine zweite Überschreitung von 110.000 S genehmigt, welche in der Allgemeinen Rücklage zu decken ist.

(A.Z. 12/52; M.Abt. 26 — EH 13/24/51.)

Die Erhöhung des mit Beschluß des GRA VI, Zl. 30/51, vom 11. Jänner 1951 bewilligten Wiederaufbaues (Fortsetzung) der Erziehungsanstalt, 19, Hohe Warte (Ostflügel), von 60.000 S um 38.000 S auf 98.000 S wird genehmigt.

Das Mehrerfordernis von 38.000 S ist auf Rubrik 403, Erziehungsanstalten, Post 71, Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen, im Voranschlag 1951 zu bedecken.

(A.Z. 18/52; M.Abt. 27 — WA XIX/2/49.)

Die Behebung der Kriegsschäden in der städtischen Wohnhausanlage, 19, Heiligenstädter Straße 82—92, Stiegen 32 und 34, wird genehmigt.

Der für das gesamte Bauvorhaben erforderliche Betrag in der Höhe von 190.000 S ist auf A.R. 811/71, lfd. Nr. 639, des Voranschlages 1952 zu bedecken.

Die gewährte Fondshilfe ist auf E.R. 811/70 a, in Eingang zu nehmen.

Die Baumeisterarbeiten sind der Firma Ing. Franz Pimpel, 19, Rodlergasse 26, zu übertragen.

(A.Z. 33/52; M.Abt. 30 — K/21/35/51.)

Der Rücktritt der Firma A. Takacs & J. Lenikus, 1, Schellinggasse 3, vom Vertrag wird genehmigt und die Firma Leonhard, 3, Invalidenstraße 7, mit der Fertigstellung des Baues von Straßenunratskanälen in der städtischen Wohnhausanlage in Jedlesee im 21. Bezirk, Gasse 4, auf Grund ihres Anbotes vom 10. August 1951 und dessen Ergänzung vom 5. Jänner 1952 beauftragt.

Die Erhöhung des Sachkredites infolge Verlängerung der beiden Kanäle in der obigen Wohnhausanlage von 65.000 S auf 85.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 68/52; M.Abt. 34 — Kdg. 283/51.)

Die Lieferung und Aufstellung der Elektrospeicheröfen im Kindergarten, 20, Kapaunplatz, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung wird die Lieferung und Aufstellung der Elektrospeicheröfen der Firma Rudolf Frömmer, 18, Schulgasse 38, auf Grund ihres Anbotes vom 27. Dezember 1951 übertragen.

(A.Z. 31/52; M.Abt. 33 — 1800/51.)

Die Erhöhung des für Rostschutzanstrich an Objekten der öffentlichen Beleuchtung genehmigten Sachkredites von 250.000 S um weitere 7518.45 S auf insgesamt 257.518.45 S wird genehmigt und ist im Voranschlag für das Jahr 1951 unter A.R. 631, Post 28 b, bedeckt.

(A.Z. 82/52; M.Abt. 31 — 3/52.)

Für die Verbauung des Steinbachtales bei Göstling, die durch die staatliche Wildbachverbauung mit einem Kostenbetrag von 100.000 S abgeschlossen werden soll, wird in Anbetracht der Bedeutung dieses Bauvorhabens für die II. Wiener Hochquellenleitung ein Betrag von 5 Prozent der Baukosten, somit 5000 S, als Interessentenbeitrag genehmigt.

Berichterstatter: StR. Thaller

(A.Z. 3334/51; M.Abt. 24 — 47.113/129/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. II, den Stadtsenat und den Gemeinderat weitergeleitet.

1. Das Kreditmehrerfordernis für die Errichtung der Per Albin Hansson-Siedlung, Bauteil II, im 10. Bezirk in der Höhe von 1,300.000 S wird auf Grund des vorliegenden Berichtes der M.Abt. 24 genehmigt.

2. Dieses Mehrerfordernis ist auf A.R. 617/51 des Voranschlages für das Jahr 1951 zu bedecken.

(A.Z. 3333/51; M.Abt. 24 — 5012/43/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. II, den Stadtsenat und den Gemeinderat weitergeleitet.

1. Das Kreditmehrerfordernis für die Errichtung der Per Albin Hansson-Siedlung, Bauteil III, im 10. Bezirk in der Höhe von 6,100.000 S wird auf Grund des vorliegenden Berichtes der M.Abt. 24 genehmigt.

2. Von diesem Mehrerfordernis ist der Betrag von 3,600.000 S auf A.R. 617/51 des Voranschlages für das Jahr 1951 zu bedecken.

3. Für den Restbetrag von 2,500.000 S ist im Voranschlag des kommenden Jahres Vorsorge zu treffen.

(A.Z. 3409/51; M.Abt. 21 — 1150/51.)

Der Ankauf von Mauerziegeln bis zu einer Menge von 250.000 Stück bei der Baustoffgroßhandlung Walter Kristen, 20, Karl Meißl-Straße 8, zu deren Anbotspreisen wird genehmigt. Die Kosten sind in den bezüglichen Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 30/52; M.Abt. 21 — 18/52.)

Der Schärdinger Granitindustrie GmbH, Schärding am Inn, OÖ., wird auf Grund des Sonderanbotes vom 13. Dezember 1951 die Lieferung von 20.000 Stück 5/7/7 Steinen glatt, hart und 1000 lfm Tiefbordsteinen übertragen. Die Kosten sind in den bezüglichen Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 4/52; M.Abt. 21 — 1200/51.)

Die Lieferung des Bedarfes an Eternit-, Korneternit-, Internit- und Gefa-Erzeugnissen aller Art für die städtischen Bauvorhaben 1952 wird an die Firma Eternitwerke Ludwig Hatschek, 9, Maria Theresien-Straße 15, zu deren Anbotpreisen vergeben. Die Kosten sind in den bezüglichen Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 3297/51; M.Abt. 24 — 5235/3/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. VII, GRA. II, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Die Erbauung einer Wohnhausanlage, 10, Hofherrgasse-Erlachgasse, auf den stadteigenen Grundstücken 1423/40, 41, 42, 43 und 44, E.Z. 2593, 2594, 2595, 2596 und 2597, enthaltend 120 Wohnungen und ein Lokal, nach dem zu M.Abt. 24, Zl. 5235, vorgelegten Entwurf der Architekten Otto Schönthal und Josef Bandys wird mit einem Kostenaufwand von 7,400.000 S genehmigt.

2. Diese Kosten sind in den Voranschlägen der nächsten Jahre sicherzustellen.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird die Baugenehmigung erteilt.

(A.Z. 3350/51; M.Abt. 24 — 5241/4/51.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. VII, GRA. II, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Die Erbauung einer Wohnhausanlage, 22, Eßling, Kirchenplatz, auf dem stadteigenen Grundstück 187/1, E.Z. 309, enthaltend 42 Wohnungen, nach dem zu M.Abt. 24, Zl. 5241, vorgelegten Entwurf des Architekten O. Fritz Discher wird mit einem Kostenaufwand von 3,300.000 S genehmigt.

2. Diese Kosten sind in den Voranschlägen der nächsten Jahre sicherzustellen.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird die Bewilligung erteilt.

(Fortsetzung folgt)

Öffentliche Bekanntmachung über die Grundsteuer für das Jahr 1952

Mit dem im Amtsblatt der Stadt Wien vom 16. Jänner 1952 veröffentlichten Beschluß des Gemeinderates vom 21. Dezember 1951 wurden die Hebesätze der Grundsteuer für das Jahr 1952 festgesetzt. Soweit die Grundsteuer für das Jahr 1952 im Einzelfalle nicht mit besonderem schriftlichen Bescheid bemessen wird, ist sie für Grundstücke in der gleichen Höhe und für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in der doppelten Höhe wie im Jahre 1951 zu entrichten.

Kundmachungen des Einigungsamtes

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 426/51 ein Lohnvertrag hinterlegt, welcher mit 30. April 1951 in Kraft tritt. Abgeschlossen am 30. April 1951 zwischen der Bundesinnung der Bäcker, Wien 1, Johannesgasse 14, und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter, Wien 8, Albertgasse 35. Betrifft Löhne in Bäckerbetrieben Österreichs.

Dieser Lohnvertrag wurde am 1. Jänner 1952 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

*

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 427/51 ein Lohnvertrag hinterlegt, welcher mit 9. Juli 1951 in Kraft tritt. Abgeschlossen am 9. Juli 1951 zwischen der Bundesinnung der Bäcker, Wien 1, Johannesgasse 14, und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter, Wien 8, Albertgasse 35. Betrifft Löhne in Bäckerbetrieben Österreichs.

Dieser Lohnvertrag wurde am 30. Dezember 1951 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

*

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 436/51 ein Kollektivvertrag hinterlegt, welcher mit 1. Juli 1951 in Kraft tritt. Abgeschlossen am 16. Juli 1951 zwischen der Bundesinnung der Zuckerbäcker, Wien 1, Stubenring 8—10, und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, Sektion Industrie und Erzeugung, Wien 1, Deutschmeisterplatz 2. Betrifft Gehälter für Angestellte im Zuckerbäckergewerbe Österreichs, mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg.

Dieser Kollektivvertrag wurde am 30. Dezember 1951 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

*

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 441/51 ein Kollektivvertrag hinterlegt, welcher mit 3. September 1951 in Kraft tritt. Abgeschlossen am 6. November 1951 zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Handel, Bundesgremium des Wein- und Spirituosengroßhandels, Wien 1, Stubenring 8—10, und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter, Wien 8, Albertgasse 35. Betrifft Löhne, Weihnachtsremuneration und teilweise Abänderung des Kollektivvertrages vom 13. Dezember 1948, für den Wein- und Spirituosengroßhandel Österreichs.

Dieser Kollektivvertrag wurde am 30. Dezember 1951 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

*

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 452/51 ein a) Kollektivvertrag, b) Gehaltsschema zum Kollektivvertrag hinterlegt, welche mit a) und b) am 1. September 1951 in Kraft treten. Abgeschlossen a) und b) am 21. August 1951 zwischen dem Verband der Versicherungsanstalten Österreichs, Wien 1, Börsegasse 10, und dem ÖGB, Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, Sektion Versicherung, Wien 1, Deutschmeisterplatz 2. Betrifft a) Arbeitsbedingungen, b) Gehaltsschema für Angestellte des Innendienstes der Versicherungsunternehmungen Österreichs.

Dieser Kollektivvertrag und dieses Gehaltsschema zum Kollektivvertrag wurden am 13. Jänner 1952 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

*

Beim Einigungsamt Wien wurde unter Ke 445/51 eine Niederschrift vom 14. November 1951 hinterlegt über die zwischen der Bundesinnung des Baugewerbes, Wien 1, Rathausstraße 21, und dem ÖGB, Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Wien 7, Schottenfeldgasse 24, getroffenen zusätzlichen Vereinbarungen in Ergänzung der am 16. Oktober 1951 getroffenen Abmachung, soweit sie sich anläßlich der Wiederaufnahme der Arbeit der Fassader und Gipser nach Abschluß des Leistungsvertrages für Gipser und Fassader vom 27. September 1951 als notwendig erwiesen haben.

Diese Niederschrift wurde am 13. Jänner 1952 in der „Wiener Zeitung“ kundgemacht.

Marktbericht

vom 14. bis 19. Jänner 1952

Die Preise sind in Groschen je Kilogramm angegeben (falls nicht anders bezeichnet).

Gemüse

	Verbraucherpreise	
Salat, Stück	100— 200	(250)
Endiviensalat, Stück	100— 200	
Vogerlsalat	600— 800	(1000)
Chinakohl	500— 600	
Kohl	200— 400	(450)
Kohlsprossen	800—1000	
Weißkraut	160— 200	
Rotkraut	240— 260	(280)
Kohlrabi, Stück	60— 100	
Kohlrabi	240— 280	(300)
Karfiol, Stück	100— 350	
Karotten	100— 180	
Stengelspinat	400— 560	(600)
Sellerie	250— 350	(400)
Sellerie, Stück	100— 200	
Rote Rüben	200— 280	(300)
Porree	150— 250	(300)
Zwiebeln	160— 240	
Knoblauch	500— 800	(1000)
Kren	1000—1200	

Pilze

	Verbraucherpreise
Champignons	3600—5000

Kartoffeln

	Verbraucherpreise	
Kartoffeln, runde	100— 110	(120)
Kartoffeln, lange	140— 180	
Kipfler	220— 280	

Obst

	Verbraucherpreise	
Äpfel	300— 600	(700)
Birnen	400— 500	(600)
Kletzen	680— 900	
Nüsse	1100—1600	
Maronen	400— 700	(800)

Zufuhren (in Kilogramm)

	Gemüse	Kartoffeln	Obst	Agrumen	Zwiebeln
Wien	403.400	6.000	—	—	46.500
Burgenland	—	—	200	—	—
Niederösterr.	119.700	634.200	9.500	—	16.800
Oberösterr.	7.200	—	—	—	—
Steiermark	4.500	—	393.100	—	—
Italien	69.100	—	83.300	518.500	—
Holland	29.900	—	—	—	—
Rumänien	2.600	—	—	—	—
Jugoslawien	—	—	21.000	—	—
Westindien	—	—	2.200	—	—
Türkei	—	—	5.300	—	—
Griechenland	—	—	6.400	16.900	—
Inland	534.800	640.200	402.800	—	63.300
Ausland	101.600	—	118.200	535.400	—
Zusammen	636.400	640.200	521.000	535.400	63.300

Pilze: Wien 500 kg.

Milchzufuhren: 3,618.931 Liter Vollmilch.

Zufuhren der Großmarkthalle

Auftrieb	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch	Rauchfleisch	Innereien	Würste	Knochen
Wien	742	371	5932	2531	93	8589	1363
Burgenland	3.400	—	85	—	—	—	—
Niederöst.	65.100	45	205	99	—	462	—
Oberöst.	10.850	—	55	48	—	—	—
Salzburg	100	—	—	—	—	—	—
Steiermark	7.450	—	—	—	—	—	—
Kärnten	100	—	—	—	—	—	—
Tirol	20.350	—	500	—	1300	—	—
Zusammen	108.092	416	6777	2678	1393	9051	1363
Wien über St. Marx	84.224*	250*	250*	1350*	3460*	1400*	100*

Aus Wien: 35 kg Speck und Filz und 132 kg Schmalz.
Aus Wien über St. Marx: 100 kg Speck und Filz*.

in Stücken	Kälber	Schweine	Schafe	Lämmer	Ziegen	Kitze	Rehe
Wien	2	13	—	—	—	—	—
Burgenland	146	367	1	—	1	—	—
Niederösterreich	1389	2645	28	10	46	—	18
Oberösterreich	706	741	14	3	14	2	4
Salzburg	9	6	3	—	—	—	—
Steiermark	89	300	—	41	—	—	—
Kärnten	11	—	—	—	—	—	—
Tirol	322	—	—	—	2	—	—
Zusammen	2674	4072	46	54	63	2	22
Argentinien	—	3861	—	—	—	—	—
Gesamtzufuhr	2674	7933	46	54	63	2	22
Wien über St. Marx	67*	398*	143*	—	—	—	—

* Diese Zufuhren sind bereits im Berichte des Viehmarktes enthalten.

Zentralviehmarkt

Auftrieb	Ochsen	Stiere	Kühe	Kalbinnen	Summe
Wien	—	1	11	4	16
Niederösterreich	87	12	70	9	178
Oberösterreich	145	124	391	34	694
Salzburg	—	—	16	—	16
Steiermark	62	16	91	15	184
Kärnten	8	—	18	1	27
Burgenland	4	5	17	1	27
Tirol	—	—	19	4	23
Zusammen	306	158	633	68	1165
Kontumazanlage:					
Oberösterreich	17	20	51	4	92
Außermarktbezüge:					
Kärnten	—	2	12	2	16

Auf dem Zentralviehmarkt eingebrachte Fleisch-, Fett- und Wurstwaren

in kg:	Rindfleisch	Innereien	Knochen	Kälber (in Stück)	Schweine (in Stück)	Schafe (in Stück)	Ziegen (in Stück)
Wien	—	—	—	—	2	—	—
Burgenland	—	—	—	6	22	—	—
Niederösterr.	171	—	—	24	22	1	2
Oberösterr.	1766	60	349	253	76 + ½	4	—
Salzburg	—	—	—	49	—	—	—
Steiermark	—	—	—	8	26	—	—
Zusammen	1937	60	349	340	148 + ½	5	2

Aus Oberösterreich: 15 kg Kalbfleisch und 88 kg Rauchfleisch.

Aus Jugoslawien: 14.960 kg Schweinefleisch.

Jung- und Stechviehmarkt:

Auftrieb: 87 lebende Kälber. Herkunft: Wien 10, Niederösterreich 10, Oberösterreich 54, Steiermark 13.

Kontumazanlage:

7 lebende Kälber aus Oberösterreich.

Schweinemarkt:

Auftrieb: 3265 Fleischschweine aus dem Inland (12 Notschlachtungen). Herkunft: Wien 73, Niederösterreich 752, Oberösterreich 2114, Steiermark 326.

Kontumazanlage:

595 Fleischschweine aus Oberösterreich.

Pferdemarkt:

Auftrieb: 261 Schlächterpferde. Herkunft: Wien 5, Niederösterreich 115, Oberösterreich 37, Burgenland 9, Steiermark 21, Kärnten 25, Tirol 1, Jugoslawien 48.

Nachmarkt: 90 Schlächterpferde. Herkunft: Wien 8, Niederösterreich 42, Oberösterreich 1, Burgenland 3, Salzburg 8, Kärnten 9, Jugoslawien 19.

Ferkelmarkt:

Auftrieb: 159 Stück, davon wurden 106 Stück verkauft.

Preise (im Durchschnitt): 5wöchige 212 S, 6wöchige 247 S, 7wöchige 265 S, 8wöchige 294 S, 10wöchige 320 S, 14wöchige 400 S.

Marktamt der Stadt Wien

Gewerbeanmeldungen

eingelangt in der Zeit vom 7. bis 12. Jänner 1952 in der M.Abt. 63, Gewerberegister. (Tag der Anmeldung in Klammern.)

1. Bezirk:

Bucsek Herbert, Versicherungsvermittlung, Stubenring 6, I. Stock (6. 6. 1951). — Camerra Otto, Ausfuhrhandel mit Fertigprodukten der Textil- und Papierwarenbranche und Einfuhrhandel mit Textilwaren, unter Ausschluß von fertigen Kleidern und Wäsche, Rauhensteingasse 8/21 (28. 4. 1951). — Galambos, Dr. Wilhelm, Versandkleinhandel mit Bekleidungsgegenständen aus Nylon, Plastik und Kunststoffen, Schottengasse 3 a (22. 11. 1951). — Karner Franz, Schlossergewerbe, eingeschränkt auf Bau- und Maschinenschlosserei, Tuchlauben 19 (7. 11. 1951). — Lorenz Friedrich, Ausfuhrhandel mit Waren aller Art unter Ausschluß von solchen, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden ist und Einfuhrhandel mit Chemikalien unter Ausschluß von solchen, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden ist, Schwertgasse 2 (4. 12. 1951). — Neubrunner Johanna geb. Sohmen, Wäscher- und Wäschebüglergewerbe, Wildpretmarkt 3 (20. 11. 1951). — Stahl, Dipl.-Ing. E. & Co., OHG., Handel mit Kraftfahrzeugen sowie Groß- und Kleinhandel mit Kraftfahrzeugersatzteilen und Kraftfahrzeugzubehör, Riemergasse 14 (3. 11. 1951). — Thomas Elisabeth, geb Suchy-Markl, Alleininhaberin der Fa. Josef König und Sohn und Kayser und Grutsch, Kleinhandel mit Eisen- und Eisenwaren, Werkzeugen, Haus- und Küchengeräten, Öfen und Herden sowie Großhandel mit Bau- und Möbelbeschlägen, Singerstraße 14 (28. 8. 1951). — Vavra Josef, Wäscheschneidergewerbe, Walfischgasse 11/I/8 (21. 12. 1951). — Zykan Ottokar & Sohn, OHG., Kleinhandel mit Textil-, Strick- und Wirkwaren, Petersplatz 8 (28. 11. 1951).

2. Bezirk:

Altmann Rudolf, Juwelier- und Goldschmiedegewerbe, Taborstraße 96/18 (4. 12. 1951). — Czernohorsky Otto, Kleinhandel mit Möbeln unter Ausschluß von Büromöbeln, Hollandstraße 18 (15. 11. 1951). — Ebner Franz, Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Agrumen, Südfrüchten, Kartoffeln und Eiern, Volkertmarkt, Stand Nr. 23/24 (8. 11. 1951). — Gned Irene Bäby geb. Becker, Vermietung von Fahrrädern, Laufbergergasse 4 (16. 11. 1951). — Hainz Irma geb. Kohn, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Textilmeterwaren, Herrenoberbekleidung und Wäsche sowie chemisch-technischen Neuheiten, wie sie üblicherweise von Marktfahrern feilgeboten werden, Glockengasse 21/15 (19. 11. 1951). — Handrejch Wilhelm, Herrenschneidergewerbe, Vereinsgasse 26/14 (11. 12. 1951). — Haszak Johann, Kleinhandel mit festen Brennstoffen, Stuwerstraße 16 (22. 11. 1951). — Hotko Ludwig, Kleinhandel mit Papierwaren, Schreib- und Zeichenrequisiten, Malrequisiten, Büroartikeln und Schulrequisiten unter Ausschluß solcher, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzesion) gebunden ist, Alliiertenstraße 5 (6. 11. 1951). — Lahodny Hermine geb. Bradl, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Textilwaren, Untere Augartenstraße 28 (9. 11. 1951). — Leber Josefine geb. Reich, Geflügelhandel, Glockengasse 9 (6. 12. 1951). — Lutz Franz, Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Zwiebeln, Erdäpfeln und Agrumen, Karmelitermarkt, Stand Nr. 57 (8. 10. 1951). — Macher Josef & Co., OHG., Mahlproduktengroßhandel, Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Freudenau, Dammhaufen Nr. 47 (10. 11. 1951). — Oprschall Maria geb. Hermann, Kleinverkauf von gebratenen Früchten, Taborstraße (Parz. 576 I), Ecke Klanggasse (transportabler Röstofen) (20. 11. 1951). — Orlik Julie geb. Diamant, Fleischergewerbe, Ferdinandstraße 19 (5. 12. 1951). — Pfrogner Josef, Kleinhandel mit technischen Papieren, Czerningasse 20 (20. 11. 1951). — Roll Viktor, Groß- und Kleinhandel mit Nähmaschinen, deren Bestandteilen und Zubehör unter Ausschluß jener Bestandteile, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Rueppgasse 9 (5. 11. 1951). — Schweifer Helena geb. Przybylek, Großhandel mit zahnärztlichen Bedarfsartikeln, Praterstraße 76 (17. 11. 1951). — Senk & Wisner, OHG., Betrieb zur Einstellung von Kraftfahrzeugen (Garage), auf das Flächenausmaß von 800 qm begrenzt, Heinestraße 24—28 (29. 11. 1951). — Simonides Walter, Erzeugung von Kleinstkinderschuhen unter Ausschluß jeder handwerksmäßigen Tätigkeit, Praterstraße 30 (23. 10. 1951). — Skolaut Karl, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Obst, Gemüse, Agrumen, Kartoffeln und Eiern, Hammer-Purgstall-Gasse 5 (19. 11. 1951). — Starzengruber Franz, Gemischtwarenhandel, beschränkt auf den Verkauf von Waren, die üblicherweise in Drogerien geführt werden und auf die Ausübung in Verbindung mit einer Konzession gemäß § 15 Z. 14 Gew.O., Lassallestraße 44 (10. 11. 1950). — Weiß David, Handelsagentur, Praterstraße 25/22 (4. 10. 1951).

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

M.Abt. 18 — 3032/51

Plan Nr. 2400

Auflegung eines Entwurfes, betreffend Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Teilgebiet der Ostbahngründe Ecke Sonnwendgasse und Gudrunstraße im 10. Bezirk (Kat.G. Favoriten).

Auf Grund des § 2, Abs. 4, der Bauordnung für Wien wird der Entwurf in der Zeit vom 26. Jänner bis 11. Februar 1952 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Einsicht kann an allen Wochentagen in der Zeit von 9 bis 12 Uhr in der M.Abt. 18 — Stadtregulierung, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, II. Stock, Tür 1, vorgenommen werden. Innerhalb der Auflagefrist können hinsichtlich der im Plangebiet gelegenen Liegenschaften schriftlich Vorstellungen eingebracht werden.

Wien, am 18. Jänner 1952.

Magistrat der Stadt Wien
M.Abt. 18 — Stadtregulierung



4. Bezirk:

Kellner Olga geb. Hammer, Repassieren von Strümpfen, Karolinengasse 28 (6. 11. 1951). — König Gustav, Handel mit Furnieren, Sperrholzplatten, Paneelplatten, Leisten, Hauslabgasse 2 (9. 11. 1951).

5. Bezirk:

Pfeiffer, Dr. Alfred, Geophysikalische und geologische Lagerstätten- und Baugrunduntersuchungen, Kriehubergasse 14 (21. 5. 1951).

6. Bezirk:

Berner Gustav, Wäscheschneidergewerbe, Stumpergasse 35/22 (8. 9. 1951). — Gönner Franz, Elektromechanikergewerbe, Mariahilfer Straße 101 (26. 11. 1951).

7. Bezirk:

Brouczek Josefa, Kleinhandel mit Papier-, Kurz- und Galanteriewaren sowie Rauchrequisiten in Verbindung mit einer Tabaktrafik, Neubaugasse 65 (28. 11. 1951). — Pimmer Hedwig geb. Smola, Kleinhandel mit Schuhen und einschlägigem Zubehör, Kirchengasse 25 (19. 12. 1951). — Predl Josef, Schuhmachergewerbe, Schottenfeldgasse 73 (20. 12. 1951). — Schmidt-Sinnl Elisabeth, Kleinhandel mit Kanditen, Schokoladen und alkoholfreien Erfrischungsgetränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen, Museumstraße 3 (Bellaria-Kino) (5. 12. 1951). — Schmittner Johann, Rundfunkmechanikergewerbe, Kaiserstraße 82 (6. 11. 1951). — Wachtel Norbert und Co., „Kleiderhaus Phönix", OHG., Kleinhandel mit Damen- und Herrenoberbekleidung, Mariahilfer Straße 32 (18. 12. 1951).

8. Bezirk:

Baumgartner Anna geb. Ketele, maschinelles Stopfen von Strümpfen, Socken und Trikotwäsche unter Ausschluß jeder handwerksmäßigen Tätigkeit, Florianigasse 55/23 (11. 7. 1951). — Heim Ludwig, Alleininhaber der handelsgerichtlich protokollierten Firma „Kugelketten- und Bijouteriewarenfabrik Leopold Zeilingers Nachfolger Ludwig Heim", fabrikmäßige Erzeugung von Kugelketten und daraus hergestellten Fertigwaren sowie Eisen- und Metallkleinwaren, Zweigniederlassung, beschränkt auf die büromäßige Tätigkeit, Lerchenfelder Straße Nr. 6 (27. 8. 1951).

9. Bezirk:

Böhml Leopold, Großhandel mit Knöpfen, Brünnlbadgasse 18/II/11 a (28. 11. 1951). — Glanz Theresia geb. Heitzer, Krawattenerzeugung, Grundlgasse Nr. 1/III/15 (22. 11. 1951). — Kuhn Franz, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln, Haushaltungsartikeln, Nußdorfer Straße 65 (5. 12. 1951). — Leist Jakob, Alleininhaber der prot. Firma „J. Bander & Leist", Gemischtwarenhandel im großen unter Ausschluß von Lebens- und Futtermitteln, für die Dauer des Untersagungsgesetzes, beschränkt auf den Großhandel mit Textil- und Herrenkonfektionswaren, Servitengasse 5 (29. 11. 1951). — Leyrer Olga Margarete, Herstellung von Lampenschirmen aus Nylon, Boltzmanngasse 14 (29. 11. 1951). — Lisztwan & Co., OHG., Gemischtwarenverschleiß, beschränkt auf die in Drogerien üblicherweise geführten Artikel, Porzellangasse 32 (18. 9. 1951). — Mair Aloisia, Naturblumenbinder- und -händlergewerbe, Nußdorfer Straße 42 (26. 11. 1951). — Spitz Leopoldine geb. Gari, Großhandel mit Textilwaren, Industriebedarf und Karosseriebedarf, Grünentorgasse 8 (26. 11. 1951). — Zelzer Maria geb. Lindner, Erzeugung von Windelhosen, Spitalgasse 13/5/10 (23. 11. 1951).

10. Bezirk:

Jaschke Rudolf Karl, Großhandel mit Wein in Fässern und handelsüblich verschlossenen Flaschen, Kudlichgasse 19 (5. 12. 1951). — Karpfen Alfred, Elektromechanikergewerbe, Quarinplatz 7 (28. 12. 1951). — Kis Karl & Sohn, OHG., fabrikmäßiges Färben und Bedrucken von Textilien, Schleiergasse 17, Obj. G. H. (22. 10. 1951). — Paulczinsky Rudolf, Kleinhandel mit Parfümeriewaren und Haushaltungsartikeln sowie mit Materialwaren, Leebgasse 12 (28. 12. 1951). — Puchner Hilda, Friseurgewerbe, Angeligasse 74 (14. 12. 1951). — Schneider Berta geb. Schirmbeck, Kleinhandel mit Obst und Gemüse, Obst- und Gemüsekonserven, Trockenobst, Suppenwürzen, Essig, Senf und Eiern, Quellenstraße 49 (17. 12. 1951). — Smolik Ludwig, Bäckergewerbe, Herzgasse 83 (27. 12. 1951). — Spath Marie geb. Zemann, Erzeugung eines chemisch-technischen Fußbodenbelages, Herzgasse 50 (28. 12. 1951). — Steckerl J. & Co., KG., Handel mit Alt- und Abfallstoffen (mit Ausschluß von Edelmetallen), gebrauchten Maschinen, komprimierten Gasen sowie Großhandel mit Eisen, Eisenwaren und gebrauchten Werkzeugen, Laubeplatz 10 (23. 11. 1951).

11. Bezirk:

Bachler Katharina Maria geb. Trnek, Kleinhandel mit Christbäumen, Enkplatz, gegenüber dem SVK.-Kino, von der Parkecke bis Parkeingang in der Breite des Gehsteiges (5. 12. 1951).

12. Bezirk:

Bartunek Emil, Kleinhandel mit Damen- und Herrenoberbekleidung, Schönbrunner Straße 230 (Lokal) (21. 12. 1951). — Burianek Elisabeth geb. Maycen, Kleinhandel mit Lebens- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln und Haushaltungsartikeln, Eichenstraße 16 (6. 11. 1951). — Moser Anna Elisabeth geb. Schleritzko, Kleinhandel mit Milch, Mischmilchgetränken in Flaschen sowie den in Milchsondergeschäften zugelassenen Nebenartikeln, Bonygasse 6 (8. 11. 1951). — Novak Robert August Josef Johann, Handelsvertretung für Haushaltartikel und Kunststofferzeugnisse, Schlöglgasse 28/2 (19. 12. 1951).

13. Bezirk:

Bertl Johann, Großhandel mit Süßwaren, Woinovichgasse 24 (29. 11. 1951). — Rohmfeld Rudolf, Geschäfts- und Wohnungsvermittlung, Gobergasse 34 (8. 11. 1951).

14. Bezirk:

Böck Friederike geb. Isnardy, Modistengewerbe, Anzbachgasse 144 (14. 12. 1951). — Gawlik Johann, Betrieb zur Einstellung von Kraftfahrzeugen (Garage), auf ein Flächenausmaß von 100 qm begrenzt, Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 106 (12. 10. 1951). — Gawlik Johann, Verkauf von Betriebsstoffen an Kraftfahrer im Betrieb einer Tankstelle, auf zwei Zapfauslässe begrenzt, Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 106 (12. 10. 1951). — Hölderl Leopold, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln unter Ausschluß solcher, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Purkersdorf, Bahnhof Unter-Tullnerbach (Kiosk) (5. 10. 1951). — Pacht David & Sohn, Limited Aktiengesellschaft, Großhandel mit Garnen aller Art unter Ausschluß des Handels mit Garnen in Kleinaufmachung, Mitisgasse 9—11 (19. 5. 1950). — Toifl Johann, Landmaschinengewerbe, beschränkt auf die Erzeugung und Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, Flachgasse 8 (14. 12. 1951).

15. Bezirk:

Brosch Franz, Kleinhandel mit Obst, Gemüse und Agrumen, Meiselmarkt (21. 11. 1951). — Hammerschmidt Marie geb. Jelinek, Feilbieten von heimischen Naturblumen im Umherziehen, Pouthongasse 10/21 (24. 10. 1951). — Hanousek Alois, Kleinhandel mit Sperrholz- und Paneelplatten und Furnieren, Mariahilfer Straße 208 (21. 11. 1951). — Kailer Josef, maschinelle Herstellung von Flitterschlung sowie Verarbeitung desselben zu Ornamenten, Goldschlagstraße 98/11 (5. 11. 1951). — Kornher Maria geb. Fuchs, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Eiern, Butter, Geflügel (ohne Ausschrotung), Obst, Gemüse, Erdäpfeln, Beeren, Schwämmen, Agrumen und Rutenbesen, Geyschlägergasse 2/6 (22. 12. 1951). — Schinkmann Josef, Wäscheschneidergewerbe, beschränkt auf die Sterbewäscheerzeugung, Ullmannstraße 61 (12. 12. 1951). — Theurer, Ing. Hans, gewerbsmäßige Ausübung des unter Nr. 168.968 erteilten Patentes „Kühlwasserregler, insbesondere für elektro-automatische Kühlanlagen", Märzstraße 69 (3. 12. 1951). — Weber Walter, Kleinhandel mit Taschner- und Galanteriewaren sowie einschlägigen Kurzwaren, Hütteldorfer Straße 60 (8. 12. 1951). — Wimmer Adelheid geb. Wurzer, Kleinhandel mit Milch, Mischmilchgetränken in Flaschen sowie den in Milchsondergeschäften zugelassenen Nebenartikeln, Fünfhausgasse 15 (23. 11. 1951).

17. Bezirk:

Draxl, Dr. Kurt, Fahrradvermietung, Clemens Hofbauer-Platz 4/1 (16. 11. 1951). — Matthias Franz, Marktfahrergewerbe, Rosensteingasse 82/6 (24. 10. 1951).

19. Bezirk:

Hiermeier Maria Anna geb. Petrik, Erzeugung plastischer Plakate, Heiligenstädter Straße 3/8 (18. 10. 1951). — Korherr Ferdinand, Fleischergewerbe, Obkirchergasse 32 (25. 9. 1951). — Lorenz Karl Heinz, Großhandel mit photographischen Artikeln, Billrothstraße 55/12 (8. 11. 1951). — Stift Elisabeth geb. Rauer, Spielzeugherstellergewerbe, Hardtgasse 12 (17. 11. 1951).

20. Bezirk:

Maschek Josefa geb. Grießer, Kleinhandel mit Milch, Mischmilchgetränken in Flaschen sowie den in Milchsondergeschäften zugelassenen Nebenartikeln, Kluckygasse 3 (24. 10. 1951).

21. Bezirk:

Hertrich Johann, Handel mit Pferden, Floridusgasse 40 (6. 12. 1951). — Prattinger Martin, Kleinhandel mit Papier-, Kurz- und Galanteriewaren sowie mit Rauchrequisiten in Verbindung mit einer Tabaktrafik, erweitert um den Kleinhandel mit Papier- und einschlägigen Kurzwaren, Galanteriewaren und Rauchrequisiten, Gerasdorfer Straße gegenüber Nr. 108, Kiosk (21. 12. 1951). — Riehs Franz, Tischlergewerbe, Stammersdorf, Hagenbrunner Straße 4 (17. 12. 1951).

23. Bezirk:

Ragendorfer & Co., Napoli, Schokolade-, Waffel- und Zuckerwarenfabrik, OHG., fabrikmäßige Erzeugung von Malz, Malznebenprodukten, Keks, Biskuits, Brezeln, Bäckereiwaren, Zuckerwaren und Schokoladewaren, Himberg, Brauhausgasse 3 (9. 11. 1951).

25. Bezirk:

Giffinger Karl, Laden und Reparatur von Akkumulatoren, Erlaa, Josef Österreicher-Gasse 26 (17. 11. 1951). — Steffl Franz, Kleinhandel mit Futtermitteln, Inzersdorf, Triester Straße 51 (10. 11. 1951).

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Die Stadt Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Adametz, Wien I, Neues Rathaus. — Redaktion: Wien I, Neues Rathaus, B 40-500, Kl. 838. — Verwaltung: Kl. 263. — Postsparkassenkonto 210.045. — Anzeigenannahme: Wien VIII, Lange Gasse 32, A 24-4-47 und B 40-0-61. — Bezugspreis für Wien mit Zustellung: ganzjährig 60 S, halbjährig 30 S. — Erscheint jeden Mittwoch und Samstag. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97



Die ersten Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung

1. Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Johann Böhm. — 2. Betriebskontrollor der Österreichischen Bundesbahnen Ludwig Brim. Am 1. Jänner 1951 sprang er im Bahnhof Freiland auf eine von Kernhof kommende führerlose Lokomotive, brachte sie zum Stehen und verhütete dadurch ein schweres Unglück. — 3. Oberschwester Amalie Hofmann, Leiterin des Säuglingsheimes, Wien 13, Lainzer Straße 172, hat sich um die Säuglingspflege hervorragende Verdienste erworben. — 4. Dipl.-Ing. Rudolf Keck hat durch eine Änderung in der Beheizung der Kammeröfen im Gaswerk Simmering bewirkt, daß jährlich um zirka 30.000 Tonnen Kohle im Gaswerk weniger verbraucht werden, eine Leistung von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. — 5. Präsident des Österreichischen Nationalrates, Leopold Kunschak. — 6. Schulrat Hans Radl widmete sich als Kriegsinvalider dem Unterricht körperbehinderter Kinder. 1926 gründete er die Sonderschule für verkrüppelte Kinder in der Kauergasse, die er seit 25 Jahren mit besonderem Erfolg leitet und die für ausländische Schulen ein Muster wurde. — 7. Ewald Schild gründete das Forschungslaboratorium für wissenschaftliche und angewandte Mikroskopie, Mikrophotographie und Mikrokinomatographie. Er veröffentlichte zahlreiche fachliche und populärwissenschaftliche Aufsätze und hielt mehr als 600 Radiovorträge. Schild entwickelte nach 1945 eine neue Methode der „Küvetten-Mikroskopie" zur Beobachtung lebender Organismen. — 8. Die Männer des Entminungsdienstes für Wien und Niederösterreich stehen ununterbrochen im vollen Einsatz, bei jedem Wetter, bei Tag und Nacht, um die Bergung und Vernichtung von Kriegsrelikten oft unter Lebensgefahr zu vollziehen. — 9. Die Wiener Philharmoniker und 10. die Wiener Symphoniker, die hervorragendsten Vertreter der Wiener klassischen Musik im In- und Ausland.

(Bild 1 und 5 Simonis, alle anderen Bilderdienst-Pressestelle der Stadt Wien)